

Annoucen-Annahme-Bureau. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Alrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Ch. Spindler, in Grätz bei F. Streifand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung. Zweiundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-Annahme-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Paub & Co., Haasenstein & Vogler, Adolph Hoffe. In Berlin, Dresden, Götting beim „Invalidendank“.

Nr. 737.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 21. Oktober.

Inserate 20 Pf. die sechsgepalte Petzette oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1879.

Am tliches.

Berlin, 20. Oktober. Der König hat geruht: dem Regierungs- und Baurath Hunaeus zu Hannover den Charakter als Geheimer Regierungsrath, sowie den Kaufleuten Otto Brune und Gustav Lippelt zu Bielefeld das Prädikat als königliche Hoflieferanten zu verleihen. Dem ordentlichen Lehrer an dem Gymnasium zu Saarbrücken August Krohn ist das Prädikat „Oberlehrer“ verliehen worden. Der bisherige technische Hilfsarbeiter bei der Oberstrombauverwaltung zu Breslau, Wasserbaumeister Gustav Theune ist als königlicher Kreisbaumeister nach Melle, Landdrostbezirk Osnabrück, versetzt worden.

Heute abermals, wie erst vor einigen Tagen, ist ein Theil unserer berliner Frühpost nicht in unsere Hände gelangt. Das letzte Mal erhielten wir die ausgebliebenen Sendungen am späten Abende des Tages, in dessen Frühe sie hätten eintreffen sollen.

Politische Uebersicht.

Posen, 21. Oktober.

Das deutsche Reich hat den Verlust eines seiner trefflichsten und verdienstlichsten Beamten zu beklagen. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Bülow, ist gestern Nachmittag 3 Uhr in Frankfurt a. M. in Folge eines Schlaganfalles plötzlich verschieden. — Wie bekannt, befand sich Herr v. Bülow auf einer Reise nach dem Süden, um für seinen durch eine anstrengende Sommerkur tief geschwächten Kräftezustand an der Küste des Mitteländischen Meeres Stärkung zu suchen. Die Beschwerden der Reise scheinen das Maß seiner Kräfte überstiegen zu haben. Nachdem der Leidende am Sonnabend in Frankfurt a. M. eingetroffen war, meldete ein Telegramm von gestern (Montag) Morgen, daß er plötzlich „schwer erkrankt“ sei; späteren Mittheilungen zufolge war ein Hirnschlag eingetreten. Die Gattin und die Söhne des hoffnungslos darniederliegenden Ministers, dem der Anfall sofort Sprache und Bewußtsein geraubt hatte, befanden sich um ihn. Se. Maj. der Kaiser wurde alsbald von dem Zustande des Patienten unterrichtet und zog telegraphisch Erkundigungen über dessen Befinden ein. Ein am Spätnachmittage einlaufendes Telegramm meldete den inzwischen erfolgten Tod des Staatsmannes. — Das Reich verliert in dem Verstorbenen einen unermüdblichen, pflichteifrigen, treuen Diener, der bei Allen, die in Beziehung zu ihm getreten, rückhaltlose Werthschätzung gefunden, und der es bis an's Ende seiner Tage redlich erfahren hat, wie der öffentliche Dienst in unserer Zeit die Kräfte derjenigen verbraucht, die sich ihm in hervorragender Stellung weihen, zumal an dem Plage, welchen der Verstorbene einnahm.

Die Gesetz-Sammlung publizirt folgende Allerhöchste Verordnung wegen Einberufung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc. verordnen in Gemäßheit des Artikels 51 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, was folgt:

Die beiden Häuser des Landtages der Monarchie, das Herrenhaus und das Haus der Abgeordneten, werden auf den 28. Oktober d. J. in Unsere Haupt- und Residenzstadt Berlin zusammenberufen. Das Staatsministerium wird mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insignel.

Gegeben Baden-Baden, 15. Oktober 1879. (L. S.) Wilhelm. Gr. zu Stolberg. Leonhardt. v. Rameke. Hofmann. Gr. zu Eulenburg. Maybach. Bitter. v. Puttkamer. Lucius.

Wenn etwas unter den liberalen Parteien zeretzend und auflösend gewirkt hat, so waren es die Fragen der Wirtschaftspolitik; in demselben Maße aber werden nun auch die Fragen der kirchlichen und Schulpolitik einigend und befestigend auf das liberale Lager wirken. In der Vertheidigung des freieren Geistes, wie er unter der Falk'schen Verwaltung in unser Kirchen- und Schulwesen eingezogen ist, gegen den Rückfall in die Zeiten eines Mühlner und Raumer werden sich alle liberalen Männer eins wissen. Schon jetzt konstatiren wir mit Befriedigung, daß die unleugbaren Symptome der Reaktion im Ressort des Kultusministers auch in solchen Kreisen, wo man bisher noch immer nicht zugeben wollte, daß in der politischen Situation sich eine prinzipielle Wandlung vollzogen, ihre Wirkung gethan haben. Auf diesem Gebiete kann, wie selbst Blätter, die den Uebergang zu den Freikonservativen vermitteln, zu geben, von Zugeständnissen und Nachgiebigkeit nicht die Rede sein. Wir wissen nun freilich, daß die Liberalen im Abgeordnetenhaufe in der Minderheit sind, und sie mögen wohl auch in diesem Kampfe unterliegen. Es wird in dieser Beziehung sehr viel auf die Haltung der Freikonservativen ankommen, und wir wollen der Hoffnung noch nicht entsagen, daß diese Partei helfen wird, wenigstens den äußersten Bestrebungen der Hochkonservativen und Ultramontanen

in Kirche und Schule Widerstand zu leisten. Es steht ja noch in frischester Erinnerung, wie eifrig und entschieden grade die freikonservative Partei an den Schöpfungen der Falk'schen Aera mitgearbeitet hat, diese Traditionen wird die Partei nicht ganz verleugnen können. Es ist nicht unmöglich, daß an diesen Fragen die konservativ-kerikale Majorität in die Brüche geht. Denn sie bilden den entscheidenden Punkt, der die freieren konservativen Richtungen von den extremen trennt; sie könnten leicht bei den Konservativen ebenso auflösend wirken, wie sie bei den Liberalen einigend und befestigend wirken. Die „Wochenkorrespondenz der freikonservativen Partei“ unterzieht in einem Artikel über die Fraktionsbildung auf der Rechten die Stellung der Konservativen zu der kirchenpolitischen Frage einer Betrachtung, welche die trennenden Unterschiede auf diesem Gebiet zwischen der altkonservativen Anschauung einerseits, der neu- und freikonservativen andererseits sehr wohl anerkennt und darum eine Verschmelzung der beiden erstgenannten Fraktionen im Abgeordnetenhaufe entschieden widerräth. Wir können es nur mit Genugthuung begrüßen, wenn man innerhalb der „großen konservativen Partei“ wieder einzusehen beginnt, daß die Ziele und Wege der Extremen, die mit den Ultramontanen in vollem Einverständnis sind, und die der freieren Richtungen doch weit auseinanderführen.

In den Blättern wird die Frage über die künftige Besetzung des Präsidiums im Abgeordnetenhaufe bereits lebhaft erörtert. Die „N. L. C.“ bemerkt dazu: „Unseres Wissens haben irgend welche Verhandlungen und Besprechungen von mehr als ganz privater Natur über diese Angelegenheit noch nicht stattgefunden und können nicht wohl stattfinden, ehe eine größere Zahl von Abgeordneten sich in Berlin eingefunden hat. Namentlich sind, wie die „Kreuzzeitung“ bestätigt, die Konservativen, die doch in dieser Frage den Ausschlag geben, derselben noch nicht näher getreten. Die Präsidenschaft Bennigens kommt uns bei der Zusammensetzung dieses Abgeordnetenhauses nicht grade wahrscheinlich vor, und selbst wenn die Konservativen darauf eingehen wollten, scheinen uns gegen die Annahme einer solchen Kandidatur dieselben Gründe zu sprechen, welche Herrn v. Forckenbeck im vorigen Reichstag zur Niederlegung seines Amtes bewogen haben.“ (Und noch andere dazu. D. Red.)

Herr Hofprediger Stöcker versucht neuerdings das seltsame Manöver schlantweg sich als den von den Juden und Liberalen Verfolgten hinzustellen. Die „Erinnerungsfeier an den 18. Oktober“ stand am vorigen Freitag auf der Tagesordnung der christlich-sozialen Partei-Versammlung. Es ist wirklich rührend, wenn der christlich-soziale Agitator in der bei dieser Gelegenheit gehaltenen Rede, in Betreff welcher wir uns lediglich an das Referat der „Kreuzzeitung“ halten, seine Ausfälle gegen das Judenthum als einen friedlichen Kampf bezeichnet, ganz abgesehen noch von der edlen Bescheidenheit, mit welcher er denselben mit der leipziger Schlacht zusammenstellt, indem er im Rückblick auf jene den Ausspruch thut:

„Das erste Ziel unserer Wirksamkeit muß sein, daß wir mit Muth und Demuth ganz unerzrocken und unentwegt den Befreiungskampf führen, die leipziger Schlacht schlagen gegen die Lüge, die unser Volk bedrückt.“

Und nun folgten als Beweise die wider Herrn Stöcker seitens der liberalen Presse in Umlauf gesetzten „Umwahrheiten und Verleumdungen.“ — Etwas orakelhaft war ein Passus, in welchem Herr Stöcker von einem Hineinziehen der Person des Kaisers „in diese Angelegenheit“ sprach, doppelt unverständlich, wenn man weiß, wie leider das Hineinziehen der Person des Kaisers bei den Vertretern derjenigen Richtung, der Herr Stöcker angehört, gradezu zum Brauch geworden ist. — „Lüge, Frechheit, unerhörte Unverschämtheit, elendes Gekläff“, das waren so etwa noch die mildesten Kraftausdrücke, deren Herr Stöcker sich bediente, und in denen er seiner sittlichen Ent-rüstung über die „verlogene Presse“ Ausdruck gab. Sehr charakteristisch war es auch, daß Herr Stöcker das schändliche und schandbare stete „Raisonniren unserer Zeit über die bestehenden Gesetze“ in sehr harten Worten rügte. Dasselbe werde von Menschen gepflegt, die noch dazu nichts von den Dingen verständen. Wir möchten doch bloß in aller Bescheidenheit fragen, wo denn am meisten über die „schlechten liberalen Gesetze“, die an allem Unheil schuld seien, raisonnirt wird, trotzdem dieselben doch auch noch in Geltung stehen? — Den 7. Oktober bezeichnete Herr Stöcker als ein zweites Leipzig, als eine gegen den inneren Feind geschlagene Schlacht, und wie damals die Erfolge des Sieges die ersten Erwartungen weit übertroffen hätten, so würde es auch hier sein. Die Erfolge dieser Wahlschlacht würden die ersten an dieselbe geknüpften Hoffnungen weit überholen. Es ist übrigens nicht zu verkennen, daß Herr Stöcker sich in seinen letzten Auslassungen im Vergleich zu den früheren einer gewissen Mäßigung befeißigt hat, aber des Einbruchs kann sich doch bei diesen Versammlungen Niemand verschließen, daß diese „Bierkatzel“ nicht die rechte Stelle für einen Geißlichen scheint, und daß es eine große Selbst-

täuschung ist, wenn man auf diesem Wege das Christenthum fördern zu können meint. Der bei weitem größte Theil der Zuhörer betrachtet die Sache als eine angenehme Unterhaltung, die man statt im Theatre Americain oder sonstwo zur Abwechslung auch einmal im Stöcker-Verein sucht.

Der Gesetzentwurf betreffend Vertheilung der aus der Reichssteuer-Reform zu gewinnenden Ueberschüsse, welcher im Finanzministerium geplant und daselbst in Ausarbeitung genommen ist, bringt einen ganz neuen Modus der Steuer-Ermäßigung in Vorschlag. Die auf Grund des Gesetzes erfolgenden Steuer-Nachlässe sollen nämlich nicht mehr wie bisher allen Steuerklassen zugleich in angemessenem Verhältnisse zu Gute kommen, sondern je nach dem Betrage der Ueberschüsse einzelne Steuerklassen, von der niedrigsten angefangen, befreien. Die Ermäßigung ist so berechnet, daß bei einer gewissen zur Verfügung stehenden Summe die unterste Stufe der Klassensteuer von einer vollen Monatsrate entlastet wird; bei steigenden Ueberschüssen würden sodann die folgenden Steuerstufen die Ermäßigung einer gleichen Rate genießen. Für den Fall, daß die verfügbaren Summen noch weiter reichen, sollen die fünf ersten Stufen der Einkommensteuer in gleicher Weise und in derselben Abstufung an der Ermäßigung theilnehmen. Selbstverständlich würde in günstigen Jahren nicht bei dem Nachlasse einer einzigen Monatsrate stehen geblieben werden, sondern weitere Monatsraten nach derselben Reihenfolge in Wegfall kommen. Der Gesetzentwurf stützt sich zwar mit seinen Vorschlägen ganz auf unsere jetzige Steuer-Gesetzgebung, in der Begründung wird aber ausgesprochen, daß unser Klassensteuer-System einer gründlichen Reform bedürfe und daß eine solche erst im Auge behalten würde.

Nach Allem, was über die sogenannte Schankstättensteuer-Vorlage verlautet, dürfte dieselbe nicht ohne lebhafteste Kritik zum Gesetz erhoben werden. Die Steuer droht nämlich, dem „B. Tgl.“ zufolge, sehr drückend zu werden. Man hat die einzelnen Ortschaften zunächst nach ihrer Größe und Bedeutung in verschiedene Klassen eingetheilt und für jede Klasse von Orten Durchschnittssätze aufgestellt, welche, mit der Anzahl der Schankgewerbetreibenden in diesem Orte multipliziert, den Betrag des pflichtigen Steuerzuges ergeben sollen. Für die kleinsten Orte sind zugleich Minimalsätze angegeben, unter welche die Steuer nicht herabgehen soll. Für Berlin sind die höchsten Sätze angenommen und zwar ist als Durchschnittssatz etwas über 200 Mark und als Minimalatz 24 Mark hingestellt. Da diese Steuer sämmtliche Defillateure, die einen Kleinhandel betreiben, Schankwirth, Restaurateure und Gastwirth treffen wird, so würde Berlin, welches allein nahe an 6000 derartige Gewerbetreibende enthält, nahezu 1,200,000 Mark jährlich an der Schankstättensteuer aufzubringen haben. Die Steuerpflichtigen sollen nach der Höhe ihres Absatzes besteuert werden, ohne Grenze für die Höhe der Steuer, die nur unter den gesetzlich fixirten Minimalatz nicht herabgehen darf. Beispielsweise werden in Berlin einige der größten Bierlokal-Inhaber nach dem im Entwurf aufgestellten Tarif 15,000 Mark und auch noch darüber jährlich an Schankstättensteuer zu entrichten haben.

Die „Köln. Ztg.“ fährt fort, sich mit dem deutsch-österreichischen „Allianzvertrage“ zu beschäftigen. Heute wird ihr aus Berlin geschrieben:

„Die Mittheilungen über die politischen Abmachungen zwischen Deutschland und Oesterreich werden im Großen und Ganzen von unterrichteter Seite als zutreffend erklärt, doch mit dem Hinzu-fügen, daß es sich nur um einen Defensiv-Vertrag handle, dessen ganze Tendenz bekundete würde, daß die Verhandlungen lediglich als eine Bürgschaft für die Befestigung des Friedens in Europa zu betrachten sein würden.“

Die Adressausschüsse beider Häuser des österreichischen Reichsraths haben ihre Referenten erwählt, das Herrenhaus den Ritter von Hasner, das Abgeordnetenhaus den Grafen von Hohenwart. Im Ausschusse des Herrenhauses erklärte Fürst Karl Schwarzenberg, daß er beabsichtige, „staatsrechtliche Anträge“, d. h. solche Anträge einzubringen, die sich auf Abänderung der Verfassung richten. Die Regierung nahm dieser Erklärung gegenüber eine entschieden ablehnende Haltung ein. Im Ausschusse des Abgeordnetenhauses sprachen sich die Czechen unter Leitung des Grafen Clam-Martiniß viel reservirter über die Verfassungsfrage aus.

Die hochpolitische Ansprache des englischen Staatssekretärs des Aeußern in Manchester, von der wir einen kurzen telegraphischen Auszug gebracht haben, liegt jetzt im Wortlaut vor. Zunächst ist zu konstatiren, daß Lord Salisbury nach dem Text der vorliegenden Berichte nicht von dem „Abschlusse eines Offensiv- und Defensivbündnisses zwischen Oesterreich und dem deutschen Reiche“ gesprochen hatte, wie das Telegramm von „W. T. B.“ berichtete. Der betreffende Passus der Rede lautet nach den übereinstimmenden Berichten der „Times“, „Daily News“, „Pall Mall Gazette“ folgendermaßen:

Die Ereignisse der letzten Wochen berechtigen uns zu der Hoffnung,

daß Oesterreich, wenn angegriffen, nicht allein sein würde. Die Zeitungen berichten — ich weiß nicht, ob sie recht berichten — daß ein Defensivbündniß zwischen Deutschland und Oesterreich abgeschlossen worden ist. Ich will betrefis der Wichtigkeit dieser Information keine Meinung äußern, sondern Ihnen und Allen, welche den Frieden von Europa und die Unabhängigkeit der Nationen schätzen, nur zurufen — zurufen ohne Profanation — „großes Heil ist uns widerfahren.“

Diese unter dem lautesten Beifall der konservativen Versammlung gemachte Anspielung des Ministers auf die von dem „Standard“ dem leitenden Toryorgan zuerst in positiver Form gebrachte Nachricht von dem formellen Abschluß und der Unterzeichnung eines deutsch-österreichischen Defensivbündnisses, kann nicht verfehlen, in der politischen Welt großes Aufsehen zu erregen. Die Londoner Presse kommentirt die Auslassungen Salisburys mit wenigen Ausnahmen beifällig. Die „Times“ schreibt:

An dem Ton, in welchem Lord Salisbury auf die Gerüchte von einer Defensiv-Allianz zwischen Oesterreich-Deutschland Bezug nahm, können wir wenigstens schließen, daß er guten Grund hat, an die Existenz eines solchen Abkommens zwischen beiden Reichen zu glauben, eines Abkommens, genügend, um ihr gemeinsames Handeln zur Vertheidigung der Stellung zu sichern, welche Oesterreich jetzt als eine Art vorgehobenen Postens der deutschen und europäischen Interessen inne hat. Dies ist das praktische Resultat der diplomatischen und militärischen Bewegungen der letzten zwei Jahre, und Lord Salisbury bedient sich vielleicht keines allzustarten Ausdrucks, wenn er die Wichtigkeit dieser Nachricht voraussetzt, bemerkt, daß sie wenig geringer sei, als das „Große Heil ist uns widerfahren“ (good tidings of great joy). Wenn Deutschland — kurz gesagt — endlich seine Pflicht und sein Interesse erkannt hat, indem es das Vordringen Auslands nach Konstantinopel aufgibt, so ist einer der schwierigsten Punkte der orientalischen Frage gelöst.

„Ball Mall Gazette“ erkennt in dem deutsch-österreichischen Bündnisse und dem durch dasselbe gestügten Protektorat Oesterreichs über die kleinen Fürstenthümer auf der Balkan-Halbinsel — die mächtigste Umgestaltung der Gestalt Europas, welche dieses Jahrhundert erlebt hat, eine Transformation, mit der England keine Ursache habe, unzufrieden zu sein.

Vertragsentwurf

über den Ankauf des Rheinischen Eisenbahn-Unternehmens von Seite der Regierung.

Betreffs der Verhandlungen wegen Erwerbs des Rheinischen Eisenbahn-Unternehmens für den Staat ist, wie der „N. N. Z.“ mitgetheilt wird, folgende Eröffnung an die Gesellschaftsdirection gerichtet, welche wir, da sie zugleich ein allgemeines Interesse hat, wiedergeben:

Berlin, den 18. Oktober 1879.

Da die durch den Bericht vom 4. v. M. in Aussicht gestellte Aenderung der Gesellschaftsorgane der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft wegen des Ueberganges des genannten Unternehmens auf den Staat noch nicht eingegangen ist, meinerseits aber, wie ich im Anschluß an meinen Erlaß vom 9. v. Mts. wiederhole, Werth darauf gelegt werden muß, für den Fall der Uebergabe der Gesellschaft, auf die Uebertragung ihres Unternehmens an den Staat einzugehen, die Verhandlungen so bald als thunlich zum Abschluß zu bringen, so überfende ich, um der Gesellschaft schon jetzt einen Anhalt für ihre Erörterungen zu geben, nach Benehmen mit dem Herrn Finanzminister der Direction in der Anlage den Entwurf eines Vertrages, betreffend den Uebergang des Rheinischen Eisenbahn-Unternehmens auf den Staat, mit dem Eröffnen, daß die königliche Staatsregierung bereit ist, auf Grund desselben in die durch meinen Erlaß vom 27. August d. J. angeregten Verhandlungen einzutreten.

Die nähere Verständigung über die einzelnen in den anliegenden Vertragsentwurf aufgenommenen Bestimmungen, sofern dieselben mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse der Gesellschaft noch einer Modifikation oder Ergänzung bedürfen sollten, würde den weiteren kommissarischen Verhandlungen vorbehalten sein, bei welchen seitens der Staatsregierung selbstverständlich jede zulässige billige Rücksichtnahme auf die Verhältnisse und Interessen der Gesellschaft genommen werden wird.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

ges. Maybach

An die Direction der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft zu Köln.

Entwurf eines Vertrages,

betreffend den Uebergang des Rheinischen Eisenbahn-Unternehmens auf den Staat, vom 1879.

Zwischen der königlichen Staatsregierung einerseits und der Direction der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft andererseits ist unter dem Vorbehalte der landesherrlichen Genehmigung, sowie nach erfolgter Zustimmung der Generalversammlung der Aktionäre der vorgenannten Eisenbahn-Gesellschaft folgender Vertrag abgeschlossen worden:

§ 1.

Die Rheinische Eisenbahngesellschaft überträgt die Verwaltung und den Betrieb ihres ganzen Unternehmens ohne irgend welche Beschränkung auf ewige Zeiten an den Staat. Zu diesem Zwecke übergibt die Direction der Rheinischen Eisenbahngesellschaft die Verwaltung und den Besitz des gesammten beweglichen und unbeweglichen Vermögens der Gesellschaft, sowie die Befähigung aller zum Vermögen der Gesellschaft gehörigen oder von der Direction der Gesellschaft verwalteten, für die Zwecke des Unternehmens bestimmten Fonds an die vom Staate zur Verwaltung desselben einzusetzende königliche Behörde.

§ 2.

Die Uebergabe wird am 1. des zweiten, auf die Perfektion des Vertrages folgenden Monats bewirkt.

Es soll jedoch bereits vom 1. Januar 1880 ab die Verwaltung und Betrieb der Rheinischen Eisenbahn für Rechnung des Staates erfolgen. Die Rheinische Eisenbahngesellschaft, welche in der Zwischenzeit die Verwaltung im Interesse des Staates in bisheriger Weise durch ihre Direction führen läßt, wird sich folgendermaßen in allen wichtigen Angelegenheiten der vorgängigen Zustimmung des Ministers der öffentlichen Arbeiten versichern.

Vom 1. Januar 1880 ab gehen auf den Staat die gesammten Nutzungen und Lasten des Vermögens der Rheinischen Eisenbahngesellschaft ohne jede weitere Beschränkung, als in diesem Vertrage selbst näher bestimmt ist, über. Insbesondere fließt der gesammte, nach Abzug der Verwaltungs-, Unterhaltungs- und Betriebskosten, sowie der zur planmäßigen Verzinsung und Tilgung der Anleihen der Rheinischen Eisenbahngesellschaft erforderlichen Beträge verbleibende Reinertrag dem Staate ausschließlich zu. Zu den Anleihen der Rheinischen Eisenbahngesellschaft sind noch zu rechnen die von ihr selbst schuldenrechtlich übernommenen Prioritätsobligationen der ehemaligen Bonn-Köln und Köln-Krefelder Eisenbahngesellschaften.

Mit dem Uebergange der Verwaltung übernimmt der Staat die ordnungsmäßige Unterhaltung und Erneuerung der Bahn, der Anlagen und Betriebsmittel, sowie auch die Deckung aller für die Verwaltung und Betrieb des Unternehmens erforderlichen außerordentlichen Ausgaben. Dagegen sollen dem Staate die Befähigung der Reservefonds und des Erneuerungsfonds zur freien Verfügung anheimfallen und die auf die Verwendung und Verwaltung bezüglichen statutarischen Bestimmungen außer Anwendung treten.

§ 3.

Auf die zu errichtende königliche Behörde (§ 1) gehen alle in den durch allerhöchste Ordre vom 21. August 1837 bestätigten Gesellschaftsstatuten und deren Nachträgen den Generalversammlungen, dem Administrationsrathe, der Direction und dem Spezialdirektor beigelegten Befugnisse, so weit nicht durch diesen Vertrag etwas Anderes festgesetzt ist, über.

Ingleichen vertritt sie die Rheinische Eisenbahn-Gesellschaft bezüglich aller derselben zustehenden Berechtigungen und obliegenden Verpflichtungen und übt namentlich alle Befugnisse aus, welche gesetzlich dem Vorstande einer Aktien-Gesellschaft zustehen.

Für die Folge hat die Rheinische Eisenbahn-Gesellschaft ihren Sitz und Gerichtsstand im Domusile der gedachten königlichen Behörde. Gegenüber den bisherigen Prioritäts- und sonstigen Gläubigern der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft behält diese indeß ihren Gerichtsstand in Köln und soll in dieser Beziehung die erwähnte königliche Behörde der Gerichtsbarkeit in Köln unterworfen sein.

Der Administrationsrath der Gesellschaft besteht, sobald der Vertrag perfekt geworden ist, aus denjenigen Personen, welche zu dem gedachten Zeitpunkte Mitglieder derselben sind. Demselben treten die jetzigen stellvertretenden Mitglieder als wirkliche Mitglieder bei. Die Zahl der Mitglieder wird in der Weise allmählig auf sechs reduziert, daß in Fällen des Ausscheidens einzelner Mitglieder durch Tod oder freiwilligen Austritt eine Neuwahl unterbleibt. Im Uebrigen findet die Neuwahl der Mitglieder des Administrationsraths nach Maßgabe der Gesellschaftsstatuten, jedoch ohne Beschränkung hinsichtlich des Wohnortes der zu wählenden Mitglieder, statt. Zur Gültigkeit der Beschlüsse ist die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder erforderlich.

Der Administrationsrath hat zugleich das Interesse der Rheinischen Eisenbahngesellschaft gegenüber dem Staate, soweit es sich um die Erfüllung dieses Vertrages handelt, wahrzunehmen und gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten. Die Tantieme, welche auf Beschluß der Generalversammlung unter die Mitglieder des Administrationsraths nach § 56 der Gesellschaftsstatuten vertheilt werden kann, wird bis zur Auflösung der Gesellschaft (§ 8) auf den Betrag von jährlich 3000 M. für den Präsidenten, auf den gleichen Betrag für den Vizepräsidenten und auf 1500 M. für jedes Mitglied des Administrationsraths festgesetzt. Die Zahlung der Tantieme erfolgt am 1. des auf den Schluß des Rechnungsjahres folgenden dritten Monats.

Die ordentliche jährliche Generalversammlung der Aktionäre der Rheinischen Eisenbahngesellschaft findet in der Regel im zweiten Quartal des Rechnungsjahres statt.

§ 4.

Die Rheinische Eisenbahngesellschaft verpflichtet sich, den Ueberschuß der Reingewinne des Jahres 1879, welcher sich etwa nach Gewährung einer Dividende von 7 pCt. an die Inhaber der Stammaktien ergeben sollte, dem Reservefonds zuzuführen.

(Fortsetzung folgt.)

Locales und Provinzielles.

Posen, 21. Oktober.

r. Herr Stadtrath Zelle] aus Berlin, der bekanntlich von den hiesigen Wahlmännern der Fortschrittspartei für die bevorstehende Nachwahl als Kandidat aufgestellt worden ist, legte gestern Abend in einem ca. einstündigen Vortrage, zu welchem sich im großen Lambert'schen Saale etwa 700 Zuhörer versammelt hatten, seine Stellung zu den gegenwärtigen politischen Fragen dar. Zum Schluß brachte der Vorsitzende der Versammlung, Herr Bürgermeister Herse ein Hoch auf Herrn Zelle aus. — Professor Hänel wird voraussichtlich in der nächsten Woche den dem hiesigen Verein der Fortschrittspartei zugefügten Vortrag halten. — Die Nachwahl eines Abgeordneten findet dem Vernehmen nach am 3. November d. J. statt.

r. Das 48. Geburtsfest des Kronprinzen wurde Sonnabend Abend vom Landwehrverein unter außerordentlich starker Theilnahme im großen Lambert'schen Saale gefeiert. Unter den Anwesenden befanden sich auch mehrere Ehrengäste: Ober-Regierungsrath Bergenroth, Oberpostath a. D. Bauer u. Der Saal war mit Fahnen und Topfgewächsen festlich geschmückt, und auf der Tribüne befand sich inmitten zahlreicher Blattpflanzen die bekränzte Büste des Kronprinzen. Die Feier wurde 7½ Uhr Abends durch den stellvertretenden Vorsitzenden des Vereins, Hauptmann und Justizrath v. Schirp, mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnet, in welches die Festgenossen begeistert mit einstimmen. Nachdem die Kapelle des 2. Leib-Husaren-Regiments einige Musikstücke gespielt hatte, hielt Kaufmann Kabler die Festrede, in welcher derselbe u. A. darauf hinwies, daß der patriotische Geist der Landwehr- und Kriegervereine, als derselbe während der diesjährigen Kaiserreise in Preußen, Pommern und Elb-Lothringen vorgeführt worden, vom Kaiser und Kronprinzen in rühmender Weise anerkannt worden sei; Neben schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Kronprinzen, an welches sich die Nationalhymne schloß. Mit den unter Leitung des Herrn Stolzmann vom Landwehr-Gesangverein vorgetragenen „Lied der Deutschen in Lyon“ von Mendelssohn und „Trost“ von Julius Otto erreichte der I. Theil der Feier sein Ende. Im II. Theile wechselte zunächst Instrumentalmusik mit Gesangvorträgen; alsdann brachte Herr v. Jedtwik auf die drei alten Veteranen, welche dem Vereine als Mitglieder angehören: Oberförster a. D. Stahr, Kanzleirath a. D. Mäßing und Pensionär Bester, in Erinnerung an die frühere Feier des Gedentages der Schlacht bei Leipzig (18. Oktober) ein Hoch aus; den Schluß dieses Theiles machte die Verfeierung von drei großen Oleanderbäumen, welche von den Kameraden Ueberjoch und Jone zum Besten der diesjährigen Christbecheuerung armer Landwehr-Waisenkinder geschenkt waren; die Verfeierung ergab einen Ertrag von 48 Mk. Im III. und IV. Theile des Festes wechselten Instrumental-Musikstücke mit Gesangvorträgen des Landwehr-Gesangvereins und einigen humoristischen Vorträgen. Die schöne Feier erreichte erst nach Mitternacht ihr Ende.

Die hiesige polnische Theatergesellschaft wird gegen Ende dieses Monats aus Warschau, wo sie während des Sommers in einem Saisontheater Vorstellungen gab, zurückkehren und am 28. d. Mts. die Winteraison mit einem Lustspiel von Balucki eröffnen.

Am Sonntag Nachmittag kurz nach 4 Uhr fand im Cavalier Strotha und zwar in dem Zimmer, in welchem die Regimentschule des Posenschen Feldartillerie-Regiments Nr. 20 abgehalten wird, ein Stubenbrand statt, der glücklicherweise im Entstehen entdeckt und durch Artilleristen gedämpft wurde, so daß ein eigentlicher Schaden nicht entstanden ist. Unvorsichtigkeit beim Heizen des Ofens des Zimmers scheint die Ursache des geringfügigen Brandes gewesen zu sein.

§ Schneidemühl, 15. Oktober. [Holzlicitation. Ernennung. Schöffengericht. Vortrag. Kontrollerversammlung.] Gestern wurden in dem Koslowsky'schen Lokale und heute in dem Gersmann'schen Lokale Holzversteigerungstermine abgehalten, zu welchen sich zahlreiche Käufer eingefunden hatten. Das in dem ersten genannten Lokale zum Verkauf gestellte Holz war aus den Schutzbezirken Töpserberg und Brodden, zur königlichen Oberförsterei Selgenau gehörig, und wurde anfänglich in kleineren, später nur in größeren Quantitäten bis zu 50 Raummetern ausgeben. Für je 8 Raummeter Kiefernlobenholz erster Klasse wurden durchschnittlich 26,50 M. bis 27,50 M. gezahlt. Das in dem Gersmann'schen Lokale ausgetobene Holz war aus dem städtischen Walde und wurden nur Bewohner aus Schneidemühl zum Bieten zugelassen; aber trotzdem wurde die Tage weit überboten. Für 4 Raummeter Kiefernloben erster Klasse wurden 15,50 bis 16,50 M. gezahlt,

also 3,50 M. bis 4,50 M. über die Tage. Für 4 Raummeter zweiter Klasse — die Tage war 8,40 M. — wurden 9,50 M. bis 10,50 M. gezahlt. — Oberstabsarzt a. D. Günther hier selbst ist zum Kreiswundarzt unseres Kreises ernannt worden. — Die erste Sitzung des hiesigen Schöffengerichts findet am 20. d. M. statt. — Oberlehrer Dr. Bindheil am hiesigen Gymnasium, welcher im verfloffenen Sommer eine längere Studienreise durch Italien gemacht, hat heute Abend in der Aula des Gymnasiums einen öffentlichen Vortrag gehalten. Der Erlös ist zur Begründung eines Unterstützungsfonds für bedürftige Schüler des Gymnasiums bestimmt. — Die diesjährigen Herbstkontrollen finden in unserem Kreise in der Zeit vom 3. bis 8. November statt und zwar in Somotichin und Lindenwerder am 3. November, in Margonin und Budzin am 4. November, in Knarrhütte und Kolmar am 5. November, in Ufch am 6. November, in Schneidemühl am 7. November und in Morzewo und Brodden am 8. November.

Allerhöchste Ernennungen für die am 1. Oktober ins Leben getretenen Justizbehörden des Oberlandesgerichtsbezirks Posen.

1. Bei dem Oberlandesgericht:

zum Präsidenten: der erste Präsident des Appellationsgerichts v. Rurowski in Posen; zu Senatspräsidenten: die Appellationsgerichts-Vize-Präsidenten, Geheimen Ober-Justizräthe Bahndorf in Bromberg, und Lohmann in Posen, der Appellationsgerichtsrath Rocholl in Breslau; zu Räthen: der Kammergerichtsrath Sello, die Appellationsgerichtsräthe v. Choltiz, Kosche und Päsche in Posen, Weinjus, Niederstetter und Hanow in Bromberg, Hübler in Posen, Meves in Insterburg, Giese in Posen, Hempel in Bromberg, König in Posen, von Selle in Bromberg, Schlieper in Hamm, Paul in Insterburg und Moschner in Posen; zu Beamten der Staatsanwaltschaft: der Oberstaatsanwalt Stute in Posen zum Oberstaatsanwalt, der Staatsanwalts-Gehülfe Dr. Lucas in Posen zum Staatsanwalt.

2. Bei den Landgerichten und Amtsgerichten:

A. Bezirk des Landgerichts zu Bromberg: beim Landgericht zum Präsidenten: der Oberstaatsanwalt Laube in Bromberg; zu Direktoren: die Kreisgerichts-Direktoren Schwede in Gnesen, Schulze in Nowaraszlaw und v. Tucholla in Tremessen; zu Mitgliedern: der Kreisgerichts-Direktor Sufjanski in Zeiz, die Kreisgerichtsräthe Kuffmann und Jobst in Bromberg, Messerschmidt in Dr. Crone, Rath, Martin, Zachariae, Nolte und v. Münchow in Bromberg als Landgerichtsräthe, der Kreisrichter Kreis in Bromberg als Landrichter; zu Beamten der Staatsanwaltschaft: der Staatsanwalt Bartisch in Bromberg zum ersten Staatsanwalt, der Staatsanwalts-Gehülfe Schend in Bromberg zum Staatsanwalt;

bei den Amtsgerichten in

Bromberg: die Kreisgerichtsräthe Danielowski und Liebcher in Bromberg, Maedelburg in Nowaraszlaw, Weiser in Bromberg, Varts und Nenz in Tremessen, Münzer und Nenz in Bromberg zu Amtsgerichtsräthen, der Kreisrichter Vollmer in Lohsens zum Amtsrichter; Crone a. B.: die Kreisrichter Tiebe und Binger in Crone a. B. zu Amtsrichtern; Crin: die Kreisrichter Cwiklinski in Schubin und Eberhard in Lohsens zu Amtsrichtern; Inowrazlaw: die Kreisgerichtsräthe Richardi, Zacher und Koch in Inowrazlaw zu Amtsgerichtsräthen, die Kreisrichter Pils, Baum und Frisch in Inowrazlaw zu Amtsrichtern; Labischin: die Kreisrichter Panjusz in Schubin und v. Mroinski in Inowrazlaw zu Amtsrichtern; Schubin: die Kreisrichter Nowasinski, Szostakowski und Naneck in Schubin zu Amtsrichtern; Strelno: der Kreisrichter Niernick in Inowrazlaw und der Gerichtsassessor Bufe zu Amtsrichtern.

B. Bezirk des Landgerichts zu Gnesen:

beim Landgericht zum Präsidenten: der Kreisgerichts-Direktor Schollmeyer in Heiligenstadt; zu Direktoren: die Kreisgerichtsdirektoren Lampe in Schönlanke und Bartholdy in Wongrowitz; zu Mitgliedern: der Kreisgerichtsdirektor Schullemann in Carthaus, die Kreisgerichtsräthe v. Ghelmicki in Gnesen, Rantelberg in Tremessen, Polzin in Schönlanke, Bufe in Gnesen und v. Bentheim in Schneidemühl, der Staatsanwalt Claß in Samter; als Landgerichtsräthe: der Kreisrichter Dr. Nies in Schubin als Landrichter; zu Beamten der Staatsanwaltschaft: der Staatsanwalt Buglowski in Hagen zum ersten Staatsanwalt, der Staatsanwalts-Gehülfe Chuchul in Gnesen zum Staatsanwalt;

bei den Amtsgerichten in

Gnesen: die Kreisgerichtsräthe Melzbach in Heydenbrugg, von der Ofen-Saden und Jeske in Gnesen zu Amtsgerichtsräthen, die Kreisrichter Nobach, Dübeler, Brühl und Briste in Gnesen zu Amtsrichtern; Mogilno: die Kreisrichter Hirschfelder in Schubin und Jborowski in Nowaraszlaw zu Amtsrichtern; Tremessen: die Kreisrichter Habel, v. Schaust und Springer in Tremessen zu Amtsrichtern; Wongrowitz: der Kreisgerichtsrath Bekker in Wongrowitz zum Amtsgerichtsrath, die Kreisrichter Damm, Wagner, Diffe und Nolle in Wongrowitz zu Amtsrichtern; Wreschen: die Kreisgerichtsräthe Mansfeld und Agle in Wreschen zu Amtsgerichtsräthen, die Kreisrichter Kurz und Bittner in Wreschen zu Amtsrichtern.

C. Bezirk des Landgerichts zu Lissa:

beim Landgericht zum Präsidenten: der Kreisgerichts-Direktor Günther in Lissa; zum Direktor: der Kreisgerichts-Direktor Bartolomäus in Kempen; zu Mitgliedern: die Kreisgerichtsräthe Dr. von Rafowski in Lissa, Hartmann in Schroda, Schuberth in Rawitsch, Meißner und Fredrich in Lissa als Landgerichtsräthe, der Kreisrichter Herzog in Grätz als Landrichter; zu Beamten der Staatsanwaltschaft: der Staatsanwalt Göke in Wreschen zum ersten Staatsanwalt;

bei den Amtsgerichten in

Bojanowo: der Kreisrichter Schönfeld in Kempen zum Amtsrichter; Fraustadt: der Kreisgerichtsrath Kunkel in Fraustadt zum Amtsrichter; Gostyn: die Kreisrichter Maifan und Lerche in Gostyn zu Amtsrichtern; Koszen: die Kreisgerichtsräthe von Zawadzki und Willmann in Koszen zu Amtsgerichtsräthen, die Kreisrichter Kuyner und Goldschmidt in Koszen zu Amtsrichtern; Lissa: die Kreisgerichtsräthe Rehfeld in Lissa, Mechow in Schrimm und Simon in Krotoschin zu Amtsgerichtsräthen; Rawitsch: die Kreisgerichtsräthe Woide und Hausleitner in Rawitsch zu Amtsgerichtsräthen, die Kreisrichter Rentsch und Lehmann in Rawitsch zu Amtsrichtern; Schmiegel: der Kreisrichter Weinmann in Koszen zum Amtsrichter.

D. Bezirk des Landgerichts zu Meseritz:

beim Landgericht zum Präsidenten: der Appellationsgerichtsrath Hülse zu Posen; zum Direktor: der Kreisgerichts-Direktor Sobeski in Birnbaum; zu Mitgliedern: die Kreisgerichtsräthe von Mroinski zu Grätz, Schuster in Straszburg in Westpr., Gehrke in Grätz und Schmidt in Meseritz als Landgerichtsräthe, die Kreisrichter Bajtch in Rawitsch und Gernershausen in Meseritz als Landrichter; zu Beamten der Staatsanwaltschaft: der Staatsanwalt Blad in Meseritz zum ersten Staatsanwalt und der Staatsanwalts-Gehülfe Dr. Benedix in Ples zum Staatsanwalt;

bei den Amtsgerichten in

Bentschen: die Kreisrichter Dierschle in Rogasen und Mugdan in Wollstein zu Amtsrichtern; Birnbaum: der Kreisgerichtsrath von Studniarski in Birnbaum zum Amtsgerichtsrath, die Kreisrichter Kassel und Bittag in Birnbaum zu Amtsrichtern; Grätz: die Kreisrichter Bobred, Paasche, Kolisch und Beltesohn in Grätz zu Amtsrichtern; Meseritz: der Kreisgerichtsrath von Brzymanski in Meseritz zum Amtsgerichtsrath, die Kreisrichter Bernd und Beck in Meseritz zu Amtsrichtern; Neutomischel: der Kreisgerichtsrath Bratte in Schwerin

Produkten-Börse.

Berlin, 20. Oktober. Weizen pr. 1000 Kilo loco 205-280 M. nach Qualität gef. Gering gelber Markt. M. ab Bahn bezahl. Regulierungspreis f. d. Kündigung 233 M. Gefündigt 4000 Ctr. Per Okt. 234-232-233-232 1/2 bez., per Oktbr.-Nov. 234-232-233 bis 232 1/2 bez., per Novbr.-Dezbr. 234-232-233-232 1/2 bez., per Dezbr.-Januar bez., per Januar-Februar bez., per April-Mai 244 bis 241-243 bez., per Mai-Juni 245 1/2-243-244 1/2 bezahl. - Roggen per 1000 Kilo loco 154 bis 175 M. nach Qualität gef. Feiner Ruff. - a. R. bez. Inland. - M. a. B. bez. Russischer 155 bis 156 1/2 M. ab Bahn bezahl. Regulierungspreis f. d. Kündigung 155 1/2 M. bezahl. Gefündigt 44,000 Ctr. Per Oktober 156-155 1/2 bez., per Okt.-Nov. 156-156 1/2 bezahl., per November-Dezember 158-156 1/2 bez., per Dez.-Jan. 159 1/2-158 1/2 bezahl., per Januar-Februar 162 1/2-161 bez., per April-Mai 167 1/2-166-166 1/2 bez., per Mai-Juni 167-166 bezahl. - Gerste per 1000 Kilo loco 140-200 nach Qualität gefordert. - Hafer per 1000 Kilo loco 133-153 nach Qualität gefordert. Russischer 133-142 bez., Pommerischer 135-144 bez., Ost- u. Westpreussischer 135-145 bez., Schlesiener 135-145 bez., Böhmischer 140-147 bezahl., Galizischer - bez. Gefündigt 3000 Ctr. - Regulierungspreis 137 bezahl. Per Oktober 137 bezahl., per Oktober-November 137 M., per Nov.-Dezemb. 138 M., per April-Mai 150-151-150 1/2 bez. - Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 171-200 M., Futterwaare 160-170 M. - Mais per 1000 Kilo loco 142-147 bez. nach Qualität. Rumänischer - ab Bahn bezahl., Amerikanischer - f. B. bez. - Weizenmehl per 100 Kilo brutto 00: 33,00 bis 30,50 M., 0: 30,50-29,50 M., 01: 29,50-27,50 M. - Roggenmehl inkl. Sac 0: 23,75-22,50 M., 01: 20,50-21,50 M., per Oktober 22,40-22,35 bez., per Okt.-Nov. 22,40-22,35 bezahl., per November-

Dezember 22,40-22,35 bez., Dezember-Januar 22,60-22,65-22,60 bez., Januar-Februar 23,00-22,95 bez., April-Mai 23,90-23,60-23,70 bez., Gefündigt - Ctr. Regulierungspreis für die Kündigung - bezahl. - Delfaat per 1000 Kilo Winter-Naps 210-235 Markt S.O. - bz., N.D. - bz., Winter-Rüben 205-228 M. S.O. - bz., N.D. - bz., - Rübol per 100 Kilo loco ohne Faß 54,3 M. stüßig - M., mit Faß - M., per Oktober 55,3-54,5 bezahl., per Oktober-November 55,3-54,5 bez., per November-Dezember 55,3 bis 54,5 bez., per Dez. 55,9-55 bz., per Jan.-Febr. - bez., per April-Mai 57,6-57,7 bezahl., per Mai-Juni 57,6-57,7 bezahl. Gefündigt 200 Centner. - Regulierungspreis für die Kündigung 54,8 bez., gestern - bz. - Leinöl per 100 Kilo loco 60,5 M. - Petroleum per 100 Kilo loco 25,0 Markt, per Oktober 24,7-24,5 Markt bez., per Oktober-November 24,7-24,5 Markt bez., per November-Dezember 24,7-24,5 Markt bez., per Dezember-Januar 25,2 Markt, per Januar-Februar 25,9-25,8 M. bezahl. Gefündigt - Ctr. Regulierungspreis für die Kündigung - bez. - Spiritus per 100 Liter loco ohne Faß 56,0 bez., per Oktbr. 56,4-56-56,3-56,1 bez., per Oktober-November 56,4-56,3-56,1 bezahl., per November-Dezember 56,6 bis 56,2-56,5-56,3 bezahl., per Dez.-Januar - bezahl., per April-Mai 59,2-58,5-59-58,8 bez., per Mai-Juni 59,4-59,2-59,1 bezahl. Gefündigt 60,000 Liter. Regulierungspreis für die Kündigung 56,3 bezahl. (B. B. 3.)

150,5-149 M. bez., per November-Dezember 150-148,5-149 M. bez., per Frühjahr 160-158-159,5 M. bez., per Mai-Juni 157,5 M. bez. - Gerste still, per 1000 Kilo loco Brau- 154-158 M., Futter- 132 bis 140 M., Chevalier 172-176 M. - Hafer still, per 1000 Kilo loco inland. 132 bis 138 M., Russischer 122-130 M. - Erbsen stille, per 1000 Kilo loco Futter- 142-148 M. - Winter-rüben niedriger, per 1000 Kilo loco 220 bis 238 Markt, per Oktober - M., per April-Mai 256 M. Br. - Wintertraps per 1000 Kilo loco 220-243 M. - Rübol niedriger, per 100 Kilo loco ohne Faß bei Kleinigkeiten 55,5 M. Br., kurze Lief. ohne Faß 55,5 M. bez., per Oktober 55,5 M. Br., per Oktober-Novbr. 55 M. Br., per April-Mai 57 M. Br. - Spiritus weichend, per 10,000 Liter pSt. loco ohne Faß 56 M. bez., per Oktober und Oktober-November 54,8 M. Br., per November-Dezember 54,6 M. bez., per Dezember-Januar 55,2-54,9 M. bez., per Frühjahr 57,8-58-57,8 M. bez. u. Br., per Mai-Juni 58,7-58,5 M. bez. - Angemeldet: Nichts. Regulierungs-Preise: Weizen 230 M., Roggen 152 M., Rübol 55,5 M., Spiritus 54,6 M. - Petroleum loco 11,75 M. vert. bez., 8 M. trans. bez., Regulierungspreis 8 M. (Diffee-3tg.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1879.

Table with columns: Datum, Stunde, Barometer 260 über der Höhe, Ther-mo-meter, Wind, Wolkenform. Data for Oct 20, 21.

1) Regenmenge 15,2 Pariser Kubikfuß auf den Quadratfuß.

Berlin, 20. Oktober. Der gestrige Privatverkehr zeigte auf den internationalen Gebieten große Festigkeit und ziemlich lebhaftes Geschäft. Die besseren Meldungen aus Paris, unterstützt von dem offiziellen Widerspruch gegen die Gerüchte über Konvertierung der französischen Rente, ferner Gerüchte über den Abschluß eines deutsch-österreichischen Bündnisses und die Erwartung einer nahen Entscheidung in der rumänischen Juden- und Eisenbahnfrage ließen die Stimmung der Spekulation höchst günstig erscheinen. Diese Haltung fand Widerhall an den fremden Plätzen, übertruglich aber nur in höchst unbefriedigender Weise auf das heutige Geschäft. Dasselbe eröffnete an sich ziemlich fest, doch förderten die hohen Kurse rasch Verkaufslust, und fast der gesamte Markt ermattete oder zeigte außerordentlich große

Geschäftslust. Bestärkt ward dieselbe noch durch den anfänglichen Rückschlag der Weizenpreise um 8 Mark, woraufhin russische Noten matt einsetzten. Einige Mark über den Preisen am Sonnabend bewegten sich Franzosen und Kreditaktien; auch Diskontokommandit-Antheile bedangen 1 Prozent mehr, erlaffen aber rasch. Rumänier zogen 1 Prozent an, um schnell durch Gewinnmaßnahmen 3 Prozent wieder nachzugeben. Aehnlich war es auch auf anderen Gebieten; den Kursen nach erwichen die Haltung meistens fest, doch mit Rücksicht auf das Uebergewicht des allerdings sehr zurückhaltenden Angebots schwach. Stark begehrt bei höherer Notiz waren die Halle-Sorau-Gubener Stamm-Prioritäten auf die Schätzung von 2, 3 Prozent Dividende und Rheinische auf die Veröffentlichung des Vertrags-Entwurfs mit

der Regierung, nach welchem eine Erhöhung des Gebotes der Spekulation in Aussicht zu stehen scheint. Fremde Renten lagen ziemlich fest, aber still, russische Wertpapiere gut behauptet. Gegen baar gehandelte Aktien ohne Leben, Potsdamer besser; Bergwerkspapiere beliebt. Anlagewerthe fest, aber still. Russische und österreichisch-ungarische Eisenbahn-Obligat. fanden einige Beachtung. Der Verkehr blieb auch in der zweiten Stunde beschränkt, verlief aber fest; besonders beachtet waren Bergwerkspapiere, Potsdamer und Rumänier. Per Ultimo notirte man: Franzosen 459-459,50, Lombarden 137, Kreditaktien 460-59-461,50-461, Diskontokommandit-Antheile 165,40-5,25-166,25. Potsdamer gewannen 1,90 Proz., Halle-Sorau-Gubener 6 Proz. Der

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 19. Oktober 1879.

Preussische Fonds- und Geld-Course.

Table of Prussian bonds and money rates including Consol. Anleihe, Staats-Anleihe, Dd.-Deichb.-Obl., Berl. Stadt-Obl., Pfandbriefe, Landch. Central, Kur- u. Neumarkt, etc.

Ausländische Fonds.

Table of foreign bonds including Amerik. rds., do. 1885, Norweger Anleihe, New York St.-Anl., etc.

Deutsche Fonds.

Table of German bonds including B.-A. v. 55 a 100 Th., Hess. Prich. a 40 Th., Bad. Pr. v. 67, etc.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Table of bank and credit stocks including Badische Bank, Bf. i. Rheinl. u. Westf., Bf. i. Sprit-u. Br.-G., etc.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table of railway stocks including Aachen-Mastricht, Altona-Kiel, Bergisch-Märkische, etc.

Industrie-Aktien.

Table of industrial stocks including Brauerei Pilsener, Dammh. Kattun., Deutsche Bauges., etc.

Wesfel-Course.

Table of exchange rates for Amsterdam, London, Paris, Vienna, etc.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Table of bank and credit stocks including Disconto-Comm., Geraer Bank, do. Handelsb., etc.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table of railway stocks including Münst.-Hamn., Niederichl.-Märk., Nordhau.-Erfurt., etc.

Industrie-Aktien.

Table of industrial stocks including Brauerei Pilsener, Dammh. Kattun., Deutsche Bauges., etc.

Wesfel-Course.

Table of exchange rates for Amsterdam, London, Paris, Vienna, etc.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Table of bank and credit stocks including Disconto-Comm., Geraer Bank, do. Handelsb., etc.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table of railway stocks including Münst.-Hamn., Niederichl.-Märk., Nordhau.-Erfurt., etc.

Industrie-Aktien.

Table of industrial stocks including Brauerei Pilsener, Dammh. Kattun., Deutsche Bauges., etc.

Wesfel-Course.

Table of exchange rates for Amsterdam, London, Paris, Vienna, etc.

Eisenbahn-Prioritäten-Obligationen.

Table of railway priority bonds including Aach.-Mastricht, do. do. III, Verg.-Märkische I, etc.

Ausländische Prioritäten.

Table of foreign priority bonds including Elisabeth-Westbahn, Gal. Karl-Ludwigl., do. do. II, etc.

Oberschles. v. 1874

Table of Oberschlesian bonds including do. Brieg-Reife, do. Col.-Derb., do. do., etc.

Ausländische Prioritäten.

Table of foreign priority bonds including Elisabeth-Westbahn, Gal. Karl-Ludwigl., do. do. II, etc.